

Aufgrund der Überfüllung des Untersuchungsgefängnisses Waaghof und anderer Strafanstalten wurde eine Abteilung des Ausschaffungsgefängnisses Bässlergut geräumt, um Platz (12 Plätze) für den Vollzug kurzer Haftstrafen zu schaffen. Mehrere Ausschaffungshäftlinge aus anderen Kantonen wurden in der Folge auf Ausschaffungsgefängnisse in der ganzen Schweiz verteilt.

Es stellt sich die Frage, warum das Untersuchungsgefängnis Waaghof und andere Strafanstalten der Umgebung so überfüllt sind, dass nicht mehr genügend Plätze zur Verfügung stehen. Die Unterzeichnende wurde verschiedentlich mit dem Verdacht konfrontiert, dass das Platzproblem im Waaghof und in anderen von Basel-Stadt belegten Haftanstalten nicht nur auf die allgemein angespannte Situation in den CH-Gefängnissen zurückzuführen ist, sondern, dass in Basel-Stadt die äusserst repressive Verfolgung des Tatbestandes des "illegalen Aufenthalts" zur Verknappung von Haftplätzen führt.

Mehrfach wurde berichtet, dass die Polizei vor oder sogar in der Notschlafstelle, wo Basels Nothilfeempfänger übernachten müssen, Kontrollen durchführt und damit Jagd auf die Sans Papiers macht und Strafanzeigen wegen illegalem Aufenthalt veranlasst. Die wiederholten Anzeigen derselben Personen wegen demselben AuG-Verstoss, führen zur übermässigen Belegung der Haftplätze im Basler Strafvollzug.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele unbedingte Freiheitsstrafen wegen illegalen Aufenthalts hat Basel-Stadt im vergangenen Jahr verfügt und wie viele wurden verbüßt?
2. Ist im Vergleich zu den letzten fünf Jahren eine Zunahme von unbedingten Strafurteilen wegen illegalem Aufenthalt festzustellen? Wenn ja, wie wird dies begründet?
3. Wie begründet sich die "aktive Jagd" auf Sans Papiers im Umfeld der Notschlafstelle?
4. Sieht die Regierung eine Möglichkeit, dass die Praxis der restriktiven Verfolgung von Menschen ohne geregelten Aufenthalt geändert wird und - nicht zuletzt um die Platzverhältnisse im Waaghof zu normalisieren - dass ein kulanterer Umgang mit Menschen, die sich ausser fehlender Aufenthaltsbewilligung nichts zu schulden kommen liessen, gefunden wird?

Heidi Mück